

Newsletter 05/2024 der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Senioren-Union der CDU Deutschlands <newsletter@senioren-union.de>

Mi, 29.05.2024 15:26

An:juergen.lohmann@cduplus.de <juergen.lohmann@cduplus.de>

[Werden die Bilder nicht angezeigt? Zur Webseitenansicht](#)



Berlin, 29.05.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde
der Senioren-Union,



wegen der besonderen Wichtigkeit der anstehenden Entscheidungen möchte ich Sie heute - kurz vor der Europawahl - nochmals auf die besondere Bedeutung gerade dieser Wahl ansprechen.

Das Zusammenwachsen Europas zu einer demokratischen Friedens-, Sicherheits-, Werte-, Wirtschafts-, und Währungsgemeinschaft zählt zu den wichtigsten Entwicklungen der Nachkriegsgeschichte.

Wir beobachten mit tiefer Besorgnis, dass diese großen Errungenschaften des 20./21. Jahrhunderts durch manchen Rückfall in extremes nationalstaatliches Denken gefährdet werden könnten.

Wir als die Generation, die noch wache Erinnerungen an die Folgen totalitärer, verbrecherischer Regime mit Krieg, Völkermord, Vertreibung und Flucht hat, sind aufgefordert, starke Zeichen gegen rechts- und linksextreme Parolen und Ideologien zu setzen.

Die anstehende Europawahl am 9. Juni 2024 bietet dazu eine große Chance.

Unter dem Eindruck von Krieg in der Welt und in Europa, angesichts unverhohlener militärischer Bedrohung, in Sorge und Fürsorge für die kommenden Generationen ermutigen wir als Senioren-Union der CDU Deutschlands insbesondere die Jüngeren ab 16 Jahren, die Stimme zu erheben: Ein starkes Europa ist Eure Zukunft!

Bedenkt die Auswirkungen Eurer Stimme. Geht wählen und entscheidet Euch für die demokratischen Kandidaten und Parteien, von denen Ihr überzeugt seid, dass sie Eure Werte und Visionen am besten repräsentieren.

Die CDU macht mit den regionalen Kandidatinnen und Kandidaten gute Angebote.

Miteinander –Jung & Alt – können wir eine europäische Gemeinschaft gestalten, die auf der Grundlage der Menschenrechte, der Demokratie, der Freiheit, des Friedens, des Respekts und der Solidarität beruht.

In diesem Sinne grüßt



Dr. Fred-Holger Ludwig
Bundesvorsitzender der Senioren-Union
der CDU Deutschlands



„Wir müssen unsere Freiheit verteidigen. Wir wollen Europas Sicherheit stärken. Und wir wollen das gemeinsam mit unseren Partnern in Europa tun. Wir stehen für eine europäische Zusammenarbeit in der Inneren Sicherheit.“

Daniel Caspary



Bild: Senioren-Union

**Otto Wulff verlässt Bundesvorstand CDU
Urgestein aus Schwerte von Friedrich Merz verabschiedet**

Über 70 Jahre ist der Schwerter Otto Wulff schon Mitglied in der CDU. Nun verließ er den Bundesvorstand. Von Friedrich Merz gab es ein spezielles Geschenk.

Von Vanessa Trinkwald, Chefreporterin

Auf dem 36. Parteitag der CDU im Mai ging eine Ära zu Ende: Nach 28 Jahren verließ Otto Wulff (91) – gebürtiger Hennener, der in Schwerte lebt – den Bundesvorstand der CDU.

„20 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender der Senioren-Union. Es gibt niemanden mehr, außer Otto Wulff, der so eine lange Zeitspanne in der deutschen Nachkriegszeit politisch (...) mitgestaltet hat“, bedankte sich CDU-Chef Friedrich Merz in Berlin bei dem 91-Jährigen, der zuvor, am 31. August 2023, bereits den Bundesvorsitz der Senioren-Union abgegeben hatte – nach insgesamt 22 Jahren im Amt.

„Es berührt mich zutiefst, wenn ich vor einer Union sitze, die die größte und erfolgreichste Volkspartei der europäischen Geschichte geworden ist“, sagte Wulff in seiner Dankesrede auf dem CDU-Parteitag. Als Geschenk überreichte Merz ihm ein Wahlplakat des zweiten Bundestagswahlkampfes aus dem Jahr 1953. In diesem Jahr wurde Otto Wulff Mitglied der CDU, es war der Tag seines Abiturs. Der CDU-Wahlslogan von damals: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau.“

.....

Der 36. CDU-Bundesparteitag stand natürlich ganz im Zeichen der Programmdiskussion und der Neuwahlen des Bundesvorstandes. Die einstimmige Verabschiedung des Grundsatzprogramms und die harmonisch verlaufenden Wahlen mit einem sehr guten und überzeugenden Ergebnis für Friedrich Merz vermittelten Zuversicht und gaben Selbstvertrauen. Nebenbei blieb immer Zeit für Kontaktpflege und Erfahrungsaustausch am gut besuchten Info-Stand der Senioren-Union



„Best Praxis“

Ehrenamtliche Sicherheitsberater für Senioren in Haßloch

Die Gemeinde Haßloch begrüßt erstmalig zwei ehrenamtliche Sicherheitsberater für Senioren: Frau Ursula Schulz und Herrn Karl-Heinz Reuter. Die Sicherheitsberater für Senioren verfolgen das Ziel, das Sicherheitsgefühl älterer Menschen in unserer Gemeinde zu stärken und ihnen mehr Sicherheit durch Aufklärung und Beratung zu bieten. Dabei geht es unter anderem um die Prävention von Delikten wie dem Enkeltrick, Haustürgeschäften, sicherem Geldverkehr sowie vorbeugenden Maßnahmen gegen Diebstahl, Raub/Überfälle, Wohnungseinbruch und Betrug.



Bürgermeister Tobias Meyer, Ursula Schulz, Karl-Heinz Reuter, Beate Gebhard-Diehl und der Beigeordnete Claus Wolfer

Bürgermeister Tobias Meyer betont die Bedeutung dieser Initiative: „Die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer Seniorinnen und Senioren liegen uns sehr am Herzen. Durch die Mithilfe der ehrenamtlichen Sicherheitsberater sollen unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger weiter geschützt und unterstützt werden.“

Die Sicherheitsberaterinnen und -berater wurden in einem 2-tägigen Grundkurs von Fachleuten der Polizei im Zentrum Kriminalprävention des Polizeipräsidiums Rheinpfalz ausgebildet. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei unterstützen sie auf Anfrage Vereine, Institutionen, Arbeitskreise oder Einzelpersonen in allen sicherheitsrelevanten Fragen.

Sie stehen allen interessierten Bürgern zur Verfügung und können wertvolle Tipps und Informationen zu verschiedenen Sicherheitsfragen geben, wie etwa dem richtigen Schutz von Wohnung und Haus, dem Umgang mit dubiosen Anrufen, E-Mails und Briefen, dem Schutz vor Abzockern und Trickdieben, sowie zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr.

Die Gemeinde Haßloch dankt Frau Schulz und Herrn Reuter für ihr ehrenamtliches Engagement und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihrer wichtigen Arbeit für unsere Gemeinschaft.

Gut gewappnet für heiße Tage: Das Gesundheitsamt des Landkreises Gifhorn stellt seinen "Hitzeknigge" vor

Die Anzahl heißer Tage in Deutschland nimmt durch den Klimawandel stetig zu. Die Folgen sind immer häufigere Hitzeperioden mit Temperaturen von mehr als 30 °C und auch Tropischen Nächten, in denen es immer noch mindestens 20 °C warm ist. Diese hohen und länger als früher anhaltenden Temperaturen können dem menschlichen Organismus ernsthaft zu schaffen machen. Die gesundheitlichen Gefahren dürfen dabei nicht unterschätzt werden. Insbesondere die vulnerablen Gruppen, wie ältere und kranke Personen sowie Kinder und Schwangere gilt es zu schützen.



Kreisrat Rolf Amelsberg, Korhan Akal, Ina Schmidt, Amtsarzt Josef Kraft und Landrat Tobias Heilmann (v.l.n.r) stellen den „Hitzeknigge“ der Kreisverwaltung vor.
Foto: Landkreis Gifhorn

Unter dem Motto: „Im Schutz vor Hitze ist Gifhorn spitze“ hat das Gesundheitsamt Gifhorn einen Leitfaden herausgegeben. Dieser „Hitzeknigge“ soll Bürgerinnen und Bürger auf die Gefahren von Hitze hinweisen und praktische Verhaltenstipps geben. Der zuvor vom Umweltbundesamt herausgegebene Hitzeknigge wurde als Grundlage genutzt, ein landkreisspezifisches Exemplar zu erarbeiten. Unter der Leitung von Korhan Akal (Fachbereich Gesundheit) wirken an dem Projekt Hitzeschutz bereits mehrere Akteure aus verschiedenen Institutionen mit. Der Hitzeknigge gibt Auskunft über das richtige Verhalten bei Hitze, die es im Alltag zu beachten gilt. Er behandelt Themen wie z. B. den Umgang mit Medikamenten, Sonnenschutz, Trinkempfehlungen, kühle Orte etc. Der Hitzeknigge ist kein starres Konstrukt, sondern wird stetig weiterentwickelt. Es besteht die Möglichkeit sich hierbei aktiv einzubringen, um ein Beitrag zum Hitzeschutz zu leisten. Gerne kann hierzu Kontakt mit dem Fachbereich Gesundheit aufgenommen werden.

Der Hitzeknigge ist bereits digital abrufbar, eine gedruckte Auflage folgt.

In den Sommermonaten ist künftig geplant, die Bürgerinnen und Bürger auf der Internetseite über aktuelle Themen des Hitzeschutzes zu informieren. Des Weiteren ist für das kommende Jahr geplant, ein sogenanntes Hitzetelefon zu etablieren, welches Fragen zu allgemeinen Verhaltenstipps bei höheren Temperaturen bieten wird. Bis das Hitzetelefon freigeschaltet werden kann, steht Ihnen der Fachbereich Gesundheit bei hitzerelevanten Fragen zur Verfügung. Mit dem Hitzetelefon soll besonders hilfebedürftigen Personen eine Beratung ermöglicht werden.



Senioren-Union: Krankenhausverbesserungsversorgungsgesetz Irrfahrt des Gesundheitsministers

Die im Ampel-Kabinett beschlossene Vorlage zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus sei eine einzige „Irrfahrt des Gesundheitsministers“ und gefährde die gesundheitliche Versorgung insbesondere in ländlichen Räumen, stellt Dr. Fred-Holger Ludwig, Mediziner und Bundesvorsitzender der mit rd. 50.000 Mitgliedern und Freunden starken Senioren-Vereinigung der CDU fest.

„Wenn dieses Gesetz Wirklichkeit wird, dann ist zukünftig in Deutschland Schluss mit qualitativ hochwertiger, flächendeckender und bedarfsgerechter Krankenhausversorgung“, schreibt Ludwig in einer Presseerklärung und unterstützt den gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Tino Sorge MdB, der zu Karl Lauterbachs Krankenhausreform feststellt: „Ohne sich über die konkreten Folgen für die Versorgung vor Ort klar zu sein, plant die Bundesregierung im Alleingang den Umbau auf Kosten der Länder und Versicherten. Der dringend nötige Transformationsfonds ist nicht ausfinanziert. Die Ampel nimmt zudem bleibende Schäden der Krankenhauslandschaft in Kauf.“



Bezeichnend sei, heißt es bei der Senioren-Union, dass die beabsichtigte Reform übereinstimmend von allen 16 Bundesländern angefochten und in Frage gestellt wird. Dieser Eingriff des Bundes in die Krankenhausplanung der Länder führe zu einem ungeordneten Strukturabbau. Bevorzugt würden Ballungszentren zum Nachteil kleinerer, regional bedeutsamer Kliniken vor allem in ländlichen Räumen, die Einnahmeverluste in Kauf nehmen müssen.

Der Plan, einzelne Krankenhäuser zu „sektorenübergreifenden Einrichtungen“ zu bestimmen und dort neben stationären auch ambulante Leistungen verrichten zu lassen, werde zu einer Verschlechterung der hausärztlichen und der medizinischen Versorgung insgesamt führen. Das könne nicht im Sinne einer verantwortungsbewussten Daseinsvorsorge sein, fasst der Chef der CDU-Senioren seine Kritik zusammen. (CB)

Senioren-Union der CDU zur Frage der Vereinbarkeit von Beruf und häuslicher Pflege

Über 80 Prozent pflegebedürftiger Menschen werden heute in den eigenen vier Wänden gepflegt. Fünf Millionen Angehörige kümmern sich Tag und Nacht um diese gesellschaftlich wertvolle, aber äußerst herausfordernde Arbeit. Offen ist dabei in den meisten Fällen die Frage, wie sich diese Aufgabe mit beruflicher Tätigkeit vereinbaren lässt.



Foto: CDU/Tobias Koch

Um Lösungen für diese Probleme zu finden, wurde unter Trägerschaft des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in Nordrhein-Westfalen das Landesprogramm „Vereinbarkeit Beruf & Pflege“ ins Leben gerufen, um Pflegeverantwortung und Berufstätigkeit in Einklang zu bringen.

Das Programm enthält Leitlinien und Empfehlungen, die Unternehmen dabei helfen sollen, pflegende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen. Dazu gehören flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmöglichkeiten, Unterstützung bei der Suche nach Pflegeangeboten für Angehörige und betriebliche Beratungs- und Informationsangebote.

Für die Senioren-Union ist dieses Programm ein Musterbeispiel von zielgerichteter Zusammenarbeit verschiedener Interessengruppen: Einerseits erhalten berufstätige pflegende Angehörige mit einer pflegebewussten Personalpolitik und einer entsprechend abgestimmten betrieblichen Infrastruktur nachhaltige Unterstützung. Andererseits werde durch solche Maßnahmen eine berufliche Tätigkeit neben der häuslichen Pflege erleichtert oder gar erst möglich gemacht. Gerade in Zeiten eines ausgeprägten Fachkräftemangels könne ein solcher Lösungsansatz zu Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt beitragen, heißt es weiter in einer Erklärung der CDU-Vereinigung.

Die Initiative in NRW sollte bundesweit Vorbild und Anreiz zur Nachahmung sein. Wir werden in der Senioren-Union als engagierte Mitglieder einer solidarischen Gesellschaft jedenfalls aktiv die Werbetrommel für diese Idee rühren!





Inflationsausgleich für Rentnergeneration

Wir werden nicht nachlassen, für einen angemessenen finanziellen Ausgleich der durch Inflation, laufende Erhöhung der Energiekosten und allgemeinen Anstieg der Lebenshaltungskosten verursachten Belastungen der Rentnergeneration einzutreten.

Beim gerade zurückliegenden CDU-Bundesparteitag in Berlin hat sich die Senioren-Union mit einem entsprechenden Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewandt.

Es sei - heißt es bei den CDU-Senioren - nicht hinzunehmen, dass so viele Menschen, die durch ihre Arbeit jahrzehntelang ihren Beitrag zur Solidargemeinschaft geleistet haben, bei der Überwindung finanzieller Inflationsfolgen übergangen werden.

Gerade für die ältere Generation stehen wir da im Wort und werden uns weiter darum kümmern.



Foto CDU/Christiane Lang

CDU-Senioren: Bahnfahren ist für alle da!

Zum wiederholten Mal wendet sich die Senioren-Union gegen Diskriminierung und Ausgrenzung älterer Menschen: Die massive Kritik der CDU-Seniorinnen und -Senioren gilt der Deutschen Bahn und richtet sich erneut gegen die drastische Benachteiligung bei der Benutzung der Mobilitätsangebote.

„Wir hatten gehofft, dass die Bahnführung ein Einsehen hat und Fahrpreisermäßigungen durch Sparpreise und Bahncards ohne digitale Barrieren zur Verfügung stellt. Leider war auch bei diesen Fragen kein Verlass auf die Bahn,“ sagt Bundesvorsitzender Dr. Fred-Holger Ludwig.

„Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen fordert zu recht vom Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn auch den analogen Zugang zu allen Angeboten der Bahn“, unterstützt Ludwig die Forderungen der BAGSO. „Es ist ein Unding, dass Menschen benachteiligt und von günstigen Angeboten ausgeschlossen werden, nur weil sie nicht über die neueste Technologie verfügen. Bahnfahren ist für alle da und nicht auf die Generation Smartphone beschränkt.“

**Was unsere bayerischen Freundinnen und Freunde dazu sagen:
Der Landesvorsitzende Staatssekretär a.D. Franz Meyer schreibt**



Minderheitenschutz auch für Senioren ohne E-Mail – Senioren-Union fordert eine Deutsche Bahn für alle!

Die Senioren-Union (SEN) der CSU versteht sich als Anwalt der älteren Generation. „Wir als Senioren-Union stellen mit Erschrecken fest, dass Menschen, die nicht digital unterwegs sind, zunehmend unter Diskriminierung leiden. Das gilt nicht nur, aber insbesondere auch für die Deutsche Bahn“, so der Landesvorsitzende, Staatssekretär a.D. und Altlandrat Franz Meyer.

Laut Medienberichten hat die Deutsche Bahn angekündigt, die BahnCard ab dem 9. Juni dieses Jahres ausschließlich in digitaler Form anzubieten. Der als Alternative angebotene Papierausdruck erfordert ein digitales Kundenkonto und eine E-Mail-Adresse. Sparpreis-Tickets sind seit Oktober 2023 nicht mehr als klassische Fahrkarten ohne E-Mail-Adresse oder Mobilnummer erhältlich. „Das ist unglaublich“, so Meyer. „In diesem Land haben nicht alle Menschen eine E-Mail-Adresse oder ein Handy, aber alle Menschen müssen Zugang zur BahnCard und zu Sparpreis-Tickets haben. Aufgrund der Monopolstellung der Deutschen Bahn halten wir das nicht nur menschlich und politisch, sondern auch rechtlich für sehr bedenklich. Deswegen haben wir als SEN einen Brief an Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing geschrieben und ihn in die Pflicht genommen.“

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Verkehr, Ulrich Lange, MdB, fordert: „Der Erwerb von Bahntickets muss barrierefrei bleiben. Auch wenn die Digitalisierung vorangetrieben werden sollte, muss die Bahn Sorge dafür tragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ohne Einschränkungen die Möglichkeit haben, Bahntickets sowohl digital als auch in Papierform zu erwerben.“



Bahnfahren ohne Digitalzwang

Verbandebündnis fordert analogen Zugang zu BahnCard und Sparpreisen

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen fordert gemeinsam mit 28 Organisationen der Zivilgesellschaft die Deutsche Bahn auf, Menschen nicht von Mobilitätsangeboten auszuschließen, nur weil sie kein Internet nutzen. In einem offenen Brief an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Dr. Richard Lutz, heißt es: „Gewährleisten Sie einen analogen Zugang zu BahnCard und Sparpreisen, der ohne Mehrkosten und barrierefrei von allen, auch von sogenannten Offlinern, genutzt werden kann.“ Der offene Brief im Wortlaut unter www.bagso.de .

Die Verbände reagieren auf die Ankündigung der Deutschen Bahn, die BahnCard ab dem 9. Juni 2024 ausschließlich in digitaler Form auszugeben. Die Deutsche Bahn bietet als Alternative einen Papierausdruck, der jedoch ebenfalls ein digitales Kundenkonto und eine E-Mail-Adresse erfordert. Bereits seit Oktober 2023 werden Sparpreis-Tickets nicht mehr als klassische Papierfahrkarten ohne E-Mail-Adresse oder Mobilnummer verkauft.

Um Mobilität für alle zu gewährleisten, müssen die Dienstleistungen und Angebote der Deutschen Bahn auch an barrierefreien Service-Schaltern angeboten werden und dies nicht nur in den Bahnhöfen der Großstädte. Über Änderungen bei den Dienstleistungen und Angeboten muss es, anders als bei der angekündigten Digitalisierung der BahnCard, zudem frühzeitige, vollständige und verständliche Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher geben. Im Vorfeld der Entscheidungen sollten Betroffenen- und Verkehrsverbände einbezogen und befragt werden.

Die unterzeichnenden Organisationen wenden sich ausdrücklich nicht gegen digitale Angebote der Deutschen Bahn. Vielmehr sind unterschiedliche Zugänge zu den Angeboten notwendig, um den Bedürfnissen der vielfältigen Kundschaft Rechnung zu tragen und auch Millionen von Menschen, die das Internet nicht nutzen, zu erreichen.



Zu guter Letzt

Ja, ja, schon die alten Griechen...

Soranos von Ephesos, griechischer Arzt um 100 n. Chr., Stammvater moderner Frauenheilkunde mit dem klassischen Standardlehrbuch der Gynäkologie, würde mit dem Kopf schütteln. „Habt ihr Probleme“, würde er wahrscheinlich sagen, wenn ihm jemand die Meldungen aus dem rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerium vorliest. Danach zeigt sich die rot/grün/gelb-geführte Landesregierung aufgrund des neuen Selbstbestimmungsgesetzes offen für geschlechtsneutrale Bezeichnungen des medizinischen Bereichs, der bisher Gynäkologie oder Frauenheilkunde heißt.

Einst war man froh, dass sich im 19. Jahrhundert aus der an sich geschlechtsneutralen, aber doch männlich dominierten Anthropologie, eine Geschlechter differenzierende Medizin ausbildete, die sich zur Frauenheilkunde, eben zur Gynäkologie entwickelte. Heute soll nun dieses binäre Geschlechtssystem vor den Türen spezialisierter Arzt/Ärztinnenpraxen nicht halt machen.

Der im 7. Monat schwangere Mann, der sich kürzlich qua eigener Erkenntnis amtlich zu demselben erklären ließ, soll seine möglicherweise vorhandenen Hemmungen, die Praxis eines/einer Frauenarztes/Frauenärztin zu betreten, endlich überwinden können.

Nur Mut, möchte ich ihm zurufen: Immer noch besser, dort eine adäquate Beratung zu finden, als – schauerhafte Vorstellung – in die Fänge eines Urologen zu einer Prostatavorsorge zu geraten.

Wie gesagt: „Ihr habt Probleme!“

Claus Bernhold



Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Deutschland

030 22070445
seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de
ViSdP: Claus Bernhold

Abmelden von diesem E-Mail-Verteiler können Sie sich [hier abmelden](#).